

# **Integration und Partizipation türkeistämmiger Zugewanderter in NRW von 1999 – 2019**

## **1. Warum ist die politische Partizipation von Zugewanderten wichtig?**

Die allgemeine Frage warum politische Partizipation relevant ist, lässt sich im Grunde demokratiethoretisch recht gut erklären: Ein einigermaßen funktionierendes demokratisches System ist unweigerlich auf die Partizipation der Bürger angewiesen, weil politische Souveränität die Beteiligung und im besten Falle auch die volle Zustimmung der Regierten benötigt, wenn sie als eine legitime Herrschaft wahrgenommen werden will. Dabei sollten Einfluss- und Teilhabemöglichkeiten in der Bevölkerung möglichst gleich verteilt sein.

Und genau an dieser Stelle tauchen, mit Blick auf die Beteiligung von Zugewanderten elementare Fragen bzw. Ungereimtheiten auf: So sind bspw. Nicht-Eingebürgerte Zugewanderte in Deutschland von der Beteiligung an Parlaments- und Landtagswahlen weitgehend ausgeschlossen, die unter demokratiethoretischen Aspekten zu Recht Kritik hervorruft, weil sie andererseits der politischen Herrschaft, wie alle anderen Bürger auch, ebenfalls unterworfen sind (vgl. Hunger/Candan, 2009, Wüst, 2007, Sauer, 2016). Eine Politik, die also Zuwandererinteressen willentlich oder unreflektiert übergeht, beraubt sich insofern ihrer eigenen Legitimation. Zwar stellt die Teilnahme an Wahlen nur eine von vielen Formen der politischen Partizipation dar; sie ist jedoch eine zentrale: Denn die Wahl bestimmt und legitimiert die Regierung und die Zusammensetzung des Parlaments und damit die Schwerpunkte und die Ausrichtung der Politik.

Neben demokratiethoretischen Aspekten ist aber auch unter integrationspolitischen Gesichtspunkten die politische Partizipation Zugewanderter ein wichtiger Punkt, weil mit der Beteiligung ebenso eine strukturelle Integration mit der Öffnung von Machtbereichen einhergeht, die in Folge eine stärkere gesellschaftliche Teilhabe und stärkere Interaktionen zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaften fördert (Pries, 2014).

Ebenfalls gehen mit politischer Partizipation die integrationstheoretisch relevanten Dimensionen von Identität und Zugehörigkeit einher: So kann bspw. Zugehörigkeit durch Partizipationsangebote der Mehrheitsgesellschaft und die Aufnahme und Vertretung von Belangen der Zuwanderer im politischen Prozess gestärkt werden. Unbestritten ist dabei, dass diese Angebote auch von den Zugewanderten wahrgenommen, angenommen und die eigenen Interessen klar formuliert werden.

Nach dieser kurzen theoretischen Hinführung schauen wir uns die Empirie an: Wie sehen zunächst die Integration bzw. das Zugehörigkeitsgefühl von Zugewanderten aus?

Hier hat der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR, 2016) in seinem Integrationsbarometer in den letzten Jahren sehr bedeutende Beiträge geliefert, die hier kurz skizziert werden sollen:

Bei der Frage der Zugehörigkeit wird deutlich, dass etwa 92% der einheimischen Bevölkerung, rund 90% der Spätaussiedler, annähernd 90% der Personen aus der übrigen EU-Staaten, aber – mit weitem Abstand - lediglich knapp 75% der Menschen aus der Türkei sich zu Deutschland zugehörig fühlen. Ähnliche Befunde haben wir, wenn wir die Zugewanderten nach ihrer religiösen Hintergründen differenzieren: Während in der ersten Generation christlicher Zuwanderer sich etwa 60%, und in der zweiten etwa 75% zu Deutschland zugehörig fühlen, sind es bei muslimischen in der ersten Generation in etwa 30%, und in der zweiten etwa knapp 47%. Auf der einen Seiten sind also deutliche Unterschiede zu erkennen, andererseits - vielleicht als die gute Botschaft – sehen wir einen deutlichen Zuwachs von etwa 15% im Generationenverlauf bei beiden Gruppen.

Auch bei der Einschätzung des Integrationsklimas (SVR, 2018) wird deutlich, dass die Integration der Türkeistämmigen sowohl bei der Messung im Jahre 2015 als auch bei der

Messung im Jahre 2017 nicht nur geringer als die der einheimischen Mehrheitsbevölkerung, sondern auch um einige Prozentpunkte geringer als alle anderen Zuwanderergruppen ist.

Betrachten wir die Veränderungen der letzten fünfzehn bis zwanzig Jahre in Deutschland aus einer institutionellen Perspektive, so wird evident, dass Menschen mit Migrationshintergrund vor allem für politische Parteien ein immer wichtiger werdendes Potenzial werden; denn ihr allgemeiner Anteil beträgt gegenwärtig mehr als 23% in der Bevölkerung, von denen wiederum etwas mehr als die Hälfte die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt und insofern, bei Vorliegen der Volljährigkeit, wahlberechtigt ist – nach Mikrozensus ca. 7 Mio. Menschen, was 12% der Wahlberechtigten insgesamt ausmacht (Statistisches Bundesamt 2019). Darüber hinaus unterstreicht das demographische Faktum, dass diese Gruppe deutlich jünger als die Einheimischen ist, ihre künftige politische Relevanz. Insofern können die Kenntnis und der Einbezug der spezifischen Bedürfnisse, Wünsche, Haltungen und Einstellungen der Wähler mit Migrationshintergrund in Zukunft wahlentscheidend sein.

Vor diesem Hintergrund kann zum einen das Gefühl der Nicht-zugehörigkeit, aber auch eine tatsächliche ungleiche Berücksichtigung der Interessen von Zugewanderten, bzw. die individuelle Wahrnehmung einer solchen Ungleichheit, zu einer Entfremdung vom politischen System, zu Rückzugstendenzen und letztlich zu einem Gefühl, lediglich Bürger zweiter Klasse zu sein, führen.

Eine denkbare Alternative dieser wahrgenommenen Nichtberücksichtigung von Interessen kann jedoch darin münden, alternative Interessenvertretung zu etablieren – oder der Annahme bereits vorhandener „Angebote“ von außen geneigt zu sein.). Denn eine Vielzahl von Ländern erlaubt die Teilnahme ihrer Bürger im Ausland an Parlamentswahlen (so bspw. für Türken im Ausland seit 1995), sind diese politisch auch für die ehemaligen Entsendeländer interessant: Am Beispiel der Türkeistämmigen in Deutschland lässt sich gut beobachten, wie sie aus Deutschland die Interessen der in der Türkei regierenden AKP unterstützen (vgl. Rickenberg, 2018). So beträgt bspw. der Gesamtanteil der im Ausland lebenden Wahlberechtigten Türkeistämmigen in etwa 5%, von denen wiederum über die Hälfte, etwa 2,7%, in Deutschland leben (Vgl. Rickenberg, 2018). Und was die Ausübung des Wahlrechts betrifft, so zeigt eine frühere Studie von Wüst (2002), dass dieser Anteil bei Zuwanderern denen der Einheimischen annähernd gleich ist. Insofern kann diese Gruppe vor allem bei Wahlen mit erwartbar knappem Ausgang tatsächlich das Zünglein an der Waage sein.

Bei Personen mit und ohne Migrationshintergrund erklären auch spezifische individuelle Ressourcen wie etwa Bildung, Arbeitsmarktteilhabe, berufliche Stellung, Einkommen, aber auch Geschlecht, Alter und familiäre Einbindung die politische Partizipation. Bei Zugewanderten spielt jedoch auch der Grad der Integration, der Zuwanderungszeitpunkt, die Aufenthaltsdauer sowie bisherige Erfahrungen und Prägungen im Herkunftsland eine bedeutende Rolle, auch wenn diese mit zunehmender Aufenthaltsdauer ihre Relevanz verlieren (vgl. Müssig/Worbs, 2012). Nicht zuletzt spielen auch die Modi der Einbürgerung (Erleichterung oder Erschwerung) eine Schlüsselrolle und erklären bspw. auch Unterschiede innerhalb der Zuwanderergruppen (so etwa zwischen Spätaussiedlern und Türkeistämmigen; vgl. Blätte, 2015)

## **2. Politische Präferenzen von Zugewanderten**

Bis 2016 schienen Zugewanderte – betrachtet man alle Gruppen - ihr politisches Zuhause eher in der SPD gefunden zu haben; und dies mit deutlichem Vorsprung vor den Unionsparteien (40,7 % vs. 27,6%). „Bündnis 90/Grüne“ und „Die Linke“ lagen fast gleichauf (13,2% vs. 11,3%). Zwischen 2016 und 2018 haben sich bei den Parteipräferenzen deutliche Veränderungen ergeben, die darauf hindeuten, dass sich alte Muster der Parteineigung auflösen: So zeigen bspw. die Daten für 2018, dass nun über alle Zuwanderergruppen hinweg die

CDU/CSU mit 43,2% vor der SPD mit 25% (38% CDU/CSU und 17% SPD bei Personen ohne Migrationshintergrund) liegt. Diese markante Veränderung ist vor allem der veränderten Parteipräferenz der Türkeistämmigen geschuldet, an den Präferenzen der anderen großen Zugewandertengruppe, der Spätaussiedler, die ein gegenläufiges Muster der Parteipräferenz mit deutlich höherer CDU/CSU-Affinität zeigten, hat sich nur weniger verändert: Während die Gruppe der Spätaussiedler nach wie vor und mit relativ geringen Veränderungen gegenüber 2016 die Christdemokraten favorisiert (mit etwa 41%) und die SPD 2018 nur auf 15% kommt, ist bei den Türkeistämmigen zwar mit 37% die SPD nach wie vor die beliebteste Partei, die CDU/CSU erreicht jedoch immerhin 33%. Allerdings lagen bei Türkeistämmigen 2016 die SPD noch bei fast 70% und die CDU/CSU nur bei 6%. Mit etwa 10 % erfahren Bündnis 90/Die Grünen die viertstärkste Präferenz, die Linke erreicht mit 12% mehr Anhänger (SVR, 2018). Es hat sich also bei Türkeistämmigen eine erhebliche Verschiebung der Parteipräferenz von der SPD zur CDU ergeben, die in Richtung einer Angleichung an die allgemeine Parteienpräferenz zeigt, eine Tendenz, die sich bei Türkeistämmigen auch in anderen Erhebungen zeigt (so z.B. in NRW vgl. Sauer, 2018).

Trotz der starken Verschiebung der Parteisympathien von der SPD zur CDU/CSU liegt das linksliberale Lager noch vorne. Doch ist Resultat einer generell linksliberalen Gesinnung der Türkeistämmigen? Der transnationale Blick hingegen verneint dies ausdrücklich: Seit mehr als zehn Jahren ist bei den Türkeistämmigen in Deutschland eine starke Sympathie für die regierende AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi; Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei) in der Türkei zu beobachten (für NRW vgl. Sauer, 2018). Diese hat sich sowohl bei der Staatspräsidentenwahl im Jahre 2014, bei den Stimmabgaben zum türkischen Parlament im Jahre 2015 (Juni und November), bei dem Verfassungsreferendum im Jahre 2017, aber auch bei den Ergebnissen der letzten Parlamentswahl im Jahre 2018 gezeigt. Exemplarisch seien diese hier aufgeführt:

Die Zustimmungswerte für die regierende AKP sind unter den Türkeistämmigen in Deutschland also deutlich über den Werten in der Türkei; bei einer genaueren Aufspaltung je nach Bundesland reichen sie sogar an Werte um 70%. Mit deutlichem Abstand folgt (in Deutschland) als zweitstärkste oppositionelle Kraft die Unterstützung für die CHP (Cumhuriyet Halk Partisi; Republikanische Volkspartei) mit 16%, die in der Türkei gegenwärtig mit knapp 23% die zweitstärkste Partei ist, fast gleichauf mit der HDP (Halkların Demokratik Partisi; Demokratische Partei der Völker; eine politisch eher linksliberale und den Kurden nahestehende Partei), die bei 15 % liegt.

Wie ist dieser Widerspruch im psychologischen Profil und der Parteipräferenz zu erklären?

Zunächst ist hier, anknüpfend an die sozialpsychologisch orientierten Forschungen zum Wahlverhalten (Michigan-Modell), daran zu erinnern, dass drei zentrale Faktoren bzw. Einstellungen die Stimmabgabe beeinflussen: 1. Sachorientierung bzw. Themen (issues), 2. Kandidatenorientierung und 3. Parteienidentifikation (vgl. Wüst, 2002).

Die Präferenz sozialdemokratischer, linker und grüner Parteien lässt sich also stark auf die Parteiprogramme der deutschen Parteien zu Fragen von Integration, Minderheitenrechten, Akzeptanz doppelter Staatsbürgerschaft etc. zurückführen, gleichwohl die Hälfte der Türkeistämmigen eingebürgert und de jure im Besitz vollständiger Rechte ist. Insofern kann durchaus von einer pragmatischen, Eigeninteressen kalkulierenden Positionierung gesprochen werden, auch wenn Interessen von Zuwanderern natürlich nicht vollständig in Migrations- und Integrationsfragen aufgehen, sondern sie von den Entwicklungen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, Bildungs-, und Gesundheitspolitik etc. genauso betroffen sind.

Die parteipolitischen Präferenzen mit Blick auf die Türkei lassen sich in erster Linie mit den unterschiedlichen Migrationswellen aus der Türkei nach Deutschland und der langfristigen Parteienidentifikation erklären: In der ersten Phase der Migration, also von 1961 bis 1973, rekrutierten sich die damaligen „Gastarbeiter“, die sukzessive ihre Familien nachholten, eher aus der ländlichen Bevölkerung, die weitestgehend konservativ-islamisch geprägt war. In

Deutschland organisierten sie sich über landsmannschaftliche Vereine (oft als „Kulturvereine“ titulierte) sowie über Moscheevereine, die gegenwärtig politisch eher zum Wählerreservoir der regierenden AKP zählen. Diese konservativ-religiösen Haltungen werden weitestgehend in den Familien an die nachfolgenden Generationen tradiert; generell ist die intergenerationale Wertetransmission bei Zuwanderern stark ausgeprägt (Mchitarjan/Reisenzein, 2010).

In der zweiten größeren Migrationswelle, also während und nach dem Militärputsch von 1980 sowie nach den langandauernden Unruhen im Südosten der Türkei in den 1990er Jahren, kamen verstärkt Menschen mit einer eher politisch linken Gesinnung oder aus den überwiegend von Kurden bewohnten Gebieten und suchten in Deutschland Asyl. Gegenwärtig stellen neben (hier aufgewachsenen) linksliberalen Intellektuellen insbesondere kurdische und auch alevitische Gemeinden (aus ihrer historischen Spannung zum sunnitischen Islam) die größten Unterstützungspotenziale für die HDP und haben eine kritische Haltung zur AKP. Die türkische Sozialdemokratie – mit der Betonung des Laizismus, der Atatürk'schen Reformen etc., bietet kein scharfes Profil für die Türkeistämmigen hier: Ihre Themen (wie etwa der Laizismus) berühren die Lebenswelt der Türkeistämmigen in Deutschland weniger, ihr Adressatenkreis ist eher eine westlich, weltlich und städtisch orientierte Elite in der Türkei (Vgl. Uslucan, 2017).

Am Beispiel dieses scheinbar widersprüchlichen Wahlverhaltens lässt sich die mehrfache Gespaltenheit der türkeistämmigen Zuwanderer nachvollziehen: Auf der einen Seite eine Gruppe mit einer stark religiös-konservativen Orientierung, die den Islamisierungstendenzen in der Türkei zumindest wohlwollend gegenüber steht, aber hier die stärksten Ausgrenzungserlebnisse macht und zurecht mehr Teilhabe und Gleichberechtigung einfordert, andererseits eine Gruppe mit linksliberaler Orientierung, die den politischen Entwicklungen in der Türkei höchst kritisch gegenüber steht, zugleich aber auch skeptisch ist, was ein stärkeres „Empowerment“ von Muslimen in Deutschland betrifft, weil sie diese als „rückständig“ und „vormodern“ deutet.

### **3. Nationales und transnationales politisches Engagement türkeistämmiger in NRW**

In einer empirischen Studie hat die Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) im Jahre 2017 rund 1.000 Türkeistämmige im Nordrhein-Westfalen, als auch rund 1.000 Türkeistämmige in den anderen Bundesländern unter anderem nach ihrem nationalen (auf Deutschland bezogen) und ihren transnationalen (auf die Türkei bezogen) politischem Interesse, nach ihrer politischen Partizipation sowie nach ihrer jeweiligen Identifikation mit diesen Ländern befragt.

Die Erhebung wurde als computergestützte, repräsentative und zweisprachige Telefonbefragung (CATI – Computer Assisted Telephone Interviewing) durchgeführt. Zielgruppe waren türkeistämmige Personen<sup>1</sup> ab 18 Jahre, Auswahlgrundlage bildet ein onomastisches Verfahren, das aus elektronischen Telefonbüchern Einträge mit türkischen Vor- und Nachnamen selektiert. Die Grundgesamtheit der türkeistämmigen Personen ab 18 Jahre in Deutschland beträgt 2.023.000 Personen<sup>2</sup>. Die Interviews von durchschnittlich 20 Minuten Dauer wurden ca. 20% auf Deutsch und zu 80% auf Türkisch durchgeführt.

#### *3.1. Politisches Interesse*

Das Interesse an deutscher Politik ist bei Türkeistämmigen deutlich geringer als das Interesse an türkischer Politik. Gaben knapp ein Fünftel an, sich stark für deutsche Politik zu interessieren, sind es bei der türkischen Politik mehr als ein Drittel. Zugleich interessieren sich

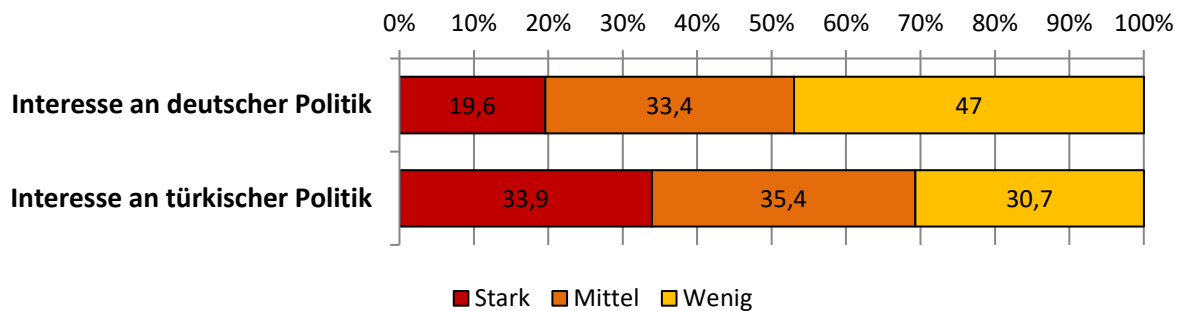
---

<sup>1</sup> Mit „türkeistämmig“ sind Personen mit familiären Wurzeln in der Türkei gemeint, unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit (Türken, Kurden, Armenier usw.), ihrer Staatsangehörigkeit und der Zuwanderergenerationszugehörigkeit.

<sup>2</sup> Sonderauswertung des Mikrozensus 2016 (türkeistämmige Personen ab 18 Jahre) vom Statistischen Bundesamt, Ausländer und Integrationsstatistiken, E-Mail auf Anfrage vom 04.08.2017.

fast die Hälfte nur wenig für deutsche, aber nur knapp ein Drittel wenig für türkische Politik. Dabei korrelieren die beiden Orientierungen in hohem Maße miteinander. Bei großem Interesse an deutscher Politik besteht auch großes Interesse an türkischer Politik und umgekehrt.

Abbildung 1: Interesse an der Politik in Deutschland und in der Türkei im Vergleich (Zeilenprozent)



Da Momentaufnahmen relativ wenig aussagekräftig ist, haben wir diesen Prozess über einen längeren Zeitraum, seit 1999 in Nordrhein-Westfalen beobachtet. Die obigen Befunde werden bestätigt: Das Interesse an türkischer Politik war zu jedem Zeitpunkt höher als das an deutscher, wobei die Schwankungen im Interesse bei türkischer und deutscher Politik bis 2010 relativ parallel verliefen. Danach jedoch nimmt das Interesse an deutscher Politik ab, und bleibt bis 2015 relativ konstant, um 2017 wieder zu steigen. Das Interesse an türkischer Politik hingegen nahm kontinuierlich seit 2010 zu und erreicht 2017 den gleichen Wert wie 2015, bisher die beiden höchsten Werte. Damit wird auch das seit 2010 beobachtbare Auseinanderdriften der beiden Orientierungen zunächst gestoppt.

Zusammenhangsanalysen für Türkeistämmige in Nordrhein-Westfalen zeigen, dass deutsche Staatsbürger (mit türkischen Wurzeln) ein häufigeres Interesse an deutscher Politik haben, jedoch kein selteneres an türkischer Politik. Sie betrachten häufiger die Bundesregierung und etwas seltener die türkische Regierung als Interessenvertreter, sind zufriedener mit der Arbeit der Bundesregierung und sehen häufiger Partizipationsmöglichkeiten durch Mitsprache und Einflussnahme. Auch bejahen sie häufiger die Beachtung der Bürgerinteressen durch Politiker. Die Zusammenhänge mit dem Interesse an Politik (bezogen auf beide Länder) weisen in NRW zwei Gemeinsamkeit auf: Frauen haben etwas weniger Interesse an Politik als Männer, und die Religiosität spielt – möglicherweise kontraintuitiv - für das Interesse keine signifikante Rolle.

### 3.2. Parteienpräferenz

Parteipräferenz oder -neigung bezeichnet eine relativ stabile psychologische Bindung an eine Partei, die zumeist in der Jugendzeit geprägt wird: In erster Instanz wirkt hier das Elternhaus, in späteren Lebensphasen jedoch sind das soziale Umfeld und die Medien, die auch die Werthaltungen prägen, einflussreich. Bei der Parteineigung wirken auch soziodemographische Merkmale wie die Religionszugehörigkeit, Bildung und soziale Stellung: Christlich-konfessionell gebundene Bürger in Deutschland unterstützen bspw. eher die Unionsparteien, Arbeitnehmer ohne Kirchenbindung hingegen eher die SPD. Grüne und FDP werden vor allem von hoch gebildeten, schwach kirchengebundenen Bürgern gewählt. Neben der langfristigen Prägung kann die Parteineigung aber auch kurzfristig durch Sachthemen oder Personalfragen bestimmt sein<sup>3</sup> (vgl. Müssig/Worbs, 2012). Ob überhaupt eine Neigung zu einer Partei (im

<sup>3</sup> Zu berücksichtigen ist, dass die „Sonntagsfrage“ Parteipräferenzen und Stimmungen wiedergibt, die nicht unbedingt das tatsächliche Wahlverhalten abbilden. Je weiter entfernt eine Wahl ist, desto unverbindlicher ist die Stellungnahme in der Sonntagsfrage und desto stärker ist die Antwort von Stimmungen und aktuellen Debatten geprägt. Je näher eine Wahl rückt, desto stärker machen sich langfristige Wählerbindungen bemerkbar, die dann am Wahltag einen starken Einfluss haben – jenseits von Sach- oder Personalfragen.

Aufnahmeland) ausgeprägt wird, ist bei Zugewanderten zudem häufig von den Erfahrungen im Herkunftsland abhängig (die sich noch in der Nachfolgegeneration bemerkbar machen können), von der Aufenthaltsdauer (eine Neigung braucht Zeit, um sich zu entwickeln) und bei allen Migranten vom Interesse an der Politik sowie von der Identifikation mit der Aufnahmegesellschaft – und nicht zuletzt von der Möglichkeit, an Wahlen überhaupt teilzunehmen (vgl. Müssig/Worbs, 2012; Kroh/Tucci, 2009).

Auch wenn sich die Positionen der Parteien zur Integrationspolitik seit dem Bekenntnis der Bundesrepublik zur Einwanderungsgesellschaft insofern angeglichen haben, als Integration von allen als gesellschaftspolitische Aufgabe anerkannt wird, unterscheiden sich die Parteien doch in ihrem Verständnis von Integration.

Verschiedene Analysen der Parteineigung von Zugewanderten (z.B. Müssig/Worbs, 2012, Kroh/Tucci, 2009; Wüst, 2007) kommen relativ eindeutig zu dem Ergebnis, dass sich die Präferenz für eine Partei bei Migranten zu weiten Teilen durch die Migrationsgeschichte bzw. -art – Aussiedler oder „Gastarbeiter“ – zurückführen lässt, und nur wenig durch andere Faktoren wie Bildung und berufliche Stellung oder soziale Lage beeinflusst ist. Diese Dominanz der Migrationsfaktoren ist zwar rückläufig, aber noch vorhanden (vgl. Sauer, 2018; SVR, 2018).

Auch die Parteienlandschaft in der Türkei bildet gesellschaftliche Grundkonflikte ab, die vor allem entlang der Linien Laizismus vs. religiöse Ordnung und homogene vs. plurale ethnische Gesellschaftsstruktur verlaufen und sich intergenerational und transnational vermittelt auch in der türkischen Community in Deutschland wiederfinden. Der religiöse Konflikt wird durch die AKP auf der einen und die laizistische, sozialdemokratische CHP auf der anderen Seite repräsentiert, die ethnische Spaltung schlägt sich mit der HDP und der nationalistischen MHP (Milliyetçi Hareket Partisi – Partei der Nationalistischen Bewegung) im Parteienspektrum nieder (vgl. Uslucan, 2017). Derzeit ist die AKP in der Türkei die stärkste Partei; sie regiert ohne Koalitionspartner und verfügt aufgrund einer Allianz mit der MHP über eine Mehrheit im Parlament.

Die Parteipräferenzen der in Deutschland lebenden Türkeistämmigen zeigen für Deutschland und die Türkei widersprüchliche Orientierungen, die sich für Deutschland auf die Programmatik zur Integrationspolitik und zur traditionellen (Selbst-)Verortung in der Arbeiterschicht zurückführen lassen, für die Türkei jedoch auf die ethnisch-religiöse Herkunft und Prägung (vgl. Uslucan, 2017).

Stellt man die Ergebnisse von 2017 der wahlberechtigten Türkeistämmigen<sup>4</sup> bezüglich der „Sonntagsfrage“ zu den Bundestagswahlen einer aktuellen Befragung der gesamtdeutschen Wahlbevölkerung<sup>5</sup> gegenüber, ergeben sich massive Unterschiede, insbesondere bezüglich der beiden großen Volksparteien. In der gesamtdeutschen Bevölkerung lag die CDU im Januar 2018 bei 33%, die SPD kam auf 21%, auf die Grünen entfielen 11% und auf die FDP 9%. Die Linke hätten 9% gewählt, wäre am folgenden Sonntag Bundestagswahl gewesen. SPD und CDU trennten 12 Prozentpunkte zugunsten der CDU; in der türkeistämmigen wahlberechtigten Bevölkerung in Deutschland sind es nach den Ergebnissen der aktuellen Erhebung jedoch 32 Prozentpunkte zugunsten der SPD. Der Anteil der SPD-Wählerschaft liegt bei den wahlberechtigten türkeistämmigen Zuwanderern also um 23 Prozentpunkte höher als in der gesamtdeutschen Wahlbevölkerung, auf der anderen Seite liegt der Anteil der CDU-

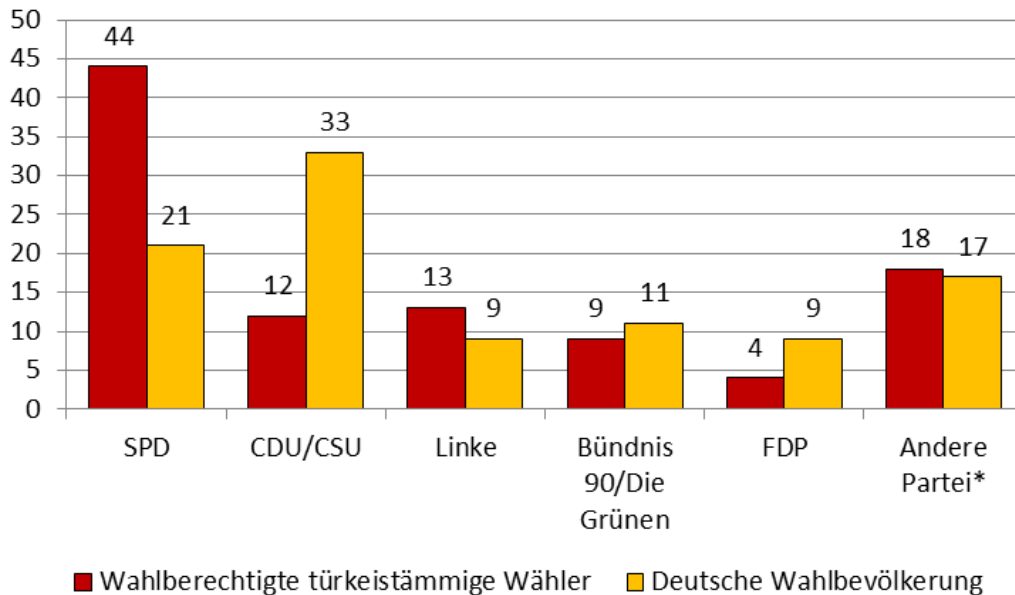
---

<sup>4</sup> In Deutschland waren nach Schätzungen auf Basis des Mikrozensus (Sonderauswertung des statistischen Bundesamtes auf Anfrage, E-Mail August 2017) knapp 740.000 deutsche Staatsbürger mit türkischen Wurzeln (einschließlich Doppelstaatsbürger) bei der Bundestagswahl im September 2017 volljährig und damit wahlberechtigt.

<sup>5</sup> Quelle: Repräsentative Telefonbefragung von 1.500 wahlberechtigten Bürgern in Deutschland durch Infratest-dimap im Januar 2018 im Auftrag der Tagesschau (ARD-Deutschland-Trend) <https://www.tagesschau.de/multimedia/bilder/crbilderstrecke-449.html>

Wählerschaft um 21 Prozentpunkte niedriger, bei den Linken sind es 4 Prozentpunkte mehr und bei der FDP 5 Prozentpunkte weniger.

Abbildung 2: Parteipräferenz bei der nächsten Bundestagswahl nach in Deutschland wahlberechtigten türkeistämmigen Zuwanderern und der wahlberechtigten Gesamtbevölkerung (Prozentwerte – nur Befragte mit Parteipräferenz)

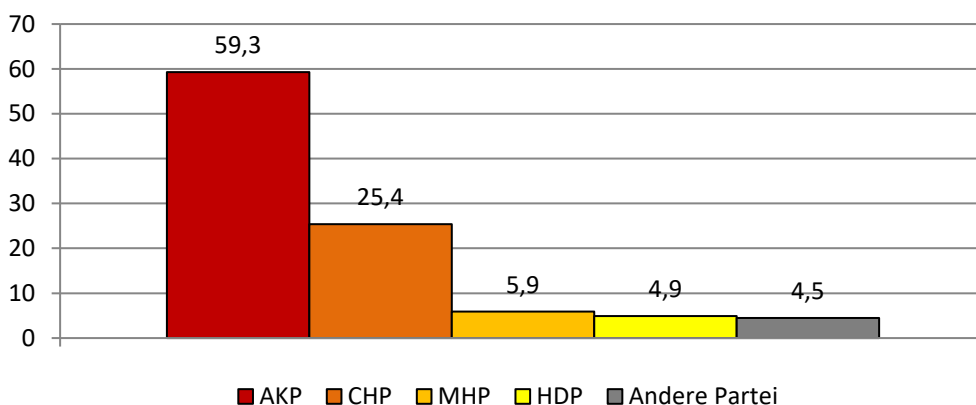


\* In der gesamtdeutschen Wahlbevölkerung darunter 13% AfD

### 3.3. Parteipräferenz bei Wahlen in der Türkei

Die Parteipräferenz bei Parlamentswahlen in der Türkei zeigt für alle Türkeistämmigen in Deutschland eine eindeutige Dominanz der AKP (59%). Zweitstärkste Partei würde die CHP mit 25%, gefolgt von der MHP mit 6% und der HDP mit 5%.

Abbildung 3: Parteipräferenz bei der nächsten Parlamentswahl in der Türkei (Prozentwerte – nur Befragte mit Parteipräferenz)

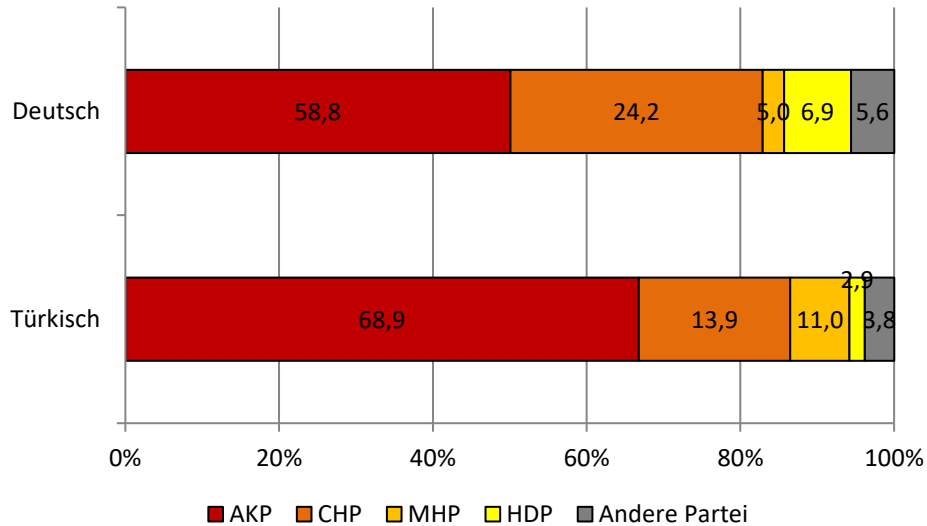


Auch bezogen auf die Parteipräferenz in der Türkei unterscheiden sich die Befragten nach Staatsbürgerschaft. Türkische Staatsbürger<sup>6</sup> – und damit dort Wahlberechtigte – würden noch deutlich häufiger AKP wählen als deutsche Staatsbürger (+17 Prozentpunkte) und seltener CHP (-13 Prozentpunkte). Zudem tendieren türkische Staatsbürger noch etwas stärker zur MHP (+5

<sup>6</sup> Die gut 1,4 Mio. volljährigen türkischen Staatsbürger in Deutschland können seit 2012 auch vom Ausland aus an türkischen Wahlen teilnehmen. Erstmals war dies 2014 bei den Präsidentschaftswahlen der Fall.

Prozentpunkte). Die HDP wiederum erhalte von türkischen Staatsbürgern weniger Stimmen als von deutschen (-7 Prozentpunkte).

Abbildung 4: Parteipräferenz bei der nächsten Parlamentswahl in der Türkei nach Staatsbürgerschaft



#### 4. Fazit: Schlussfolgerungen/Empfehlung

Die Ergebnisse zeigen ein eher gering politisches Interesse. Diese ist im Geschlechtervergleich bei Frauen noch geringer als bei Männern, bei Angehörigen der Nachfolgegeneration ist es jedoch deutlich höher, wenngleich noch ausbaufähig. Frühere Studien zu Jugendlichen zeigen, dass insbesondere türkeistämmige junge Menschen im Vergleich zu anderen ethnischen Gruppen über ein geringes politisches Wissen (mit Blick auf deutsche Politik) verfügen (Greßer, 2016). Insofern scheint hier für die politische Bildungsarbeit eine große Herausforderung zu liegen: stärkere Fokussierung auf Jugendliche und auf Frauen.

Hingegen scheint bspw. die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft ebenso wie Akkulturation, Teilhabe am Arbeitsmarkt und gesellschaftliche Interaktion politische Partizipation und politisches Interesse zu beflügeln; und dies nicht nur mit Blick auf Deutschland, sondern auch mit Blick auf die Türkei. Insofern lässt sich für die Stärkung der politischen Partizipation von (türkeistämmigen) Zuwanderern mit Deutschland also festhalten, dass eine staatsbürgerliche, soziale und kulturelle Gleichberechtigung sowie ihre Akzeptanz und der Abbau der Diskriminierung in der Bildungs- und Arbeitswelt zentral sind. Denn wenn Menschen das Gefühl vermittelt bekommen, „ausgegrenzt“, also nicht dazu gehörig zu sein, erscheint es auch für sie psychologisch widersinnig, an einer Wertewelt jener Gruppe teilzuhaben, die sie doch gar nicht in ihrer Mitte haben will. Das lässt sich mit den empirischen Daten des ZfTI belegen: Wenn Mitwirkungsmöglichkeiten höher eingeschätzt werden, werden auch höhere Zugehörigkeitsgefühle wahrgenommen (Sauer, 2018). Darüber hinaus zeigen Forschungen, dass eine hohe Partizipation von Zuwanderern auch mit höheren Wohlbefindens- und Lebenszufriedenheitswerten einhergeht (vgl. Marzana, Alfieri, Marta, 2020).

Mit Blick auf Parteipräferenzen lässt sich nur bedingt von einer widersprüchlichen Parteinähe der Türkeistämmigen in Deutschland (religiös ungebunden und eher links) und der Türkei (religiös gebunden und konservativ) ausgehen: Zwar ist zum einen die SPD durchgehend die stärkste Partei, wenn man die gesamte Gruppe der Türkeistämmigen betrachtet, aber zugleich wird die allgemein ideologische Tendenz auch deutlich: AKP-Unterstützer würden aber mit Blick auf Deutschland eher die CDU wählen (und damit in einem „konservativen Block“ bleiben) als bspw. linke oder liberale Parteien. Ein anderes Ergebnis ist jedoch gleichermaßen bemerkenswert: Die AKP-Unterstützer finden sich überwiegend in der



Gruppe der Nichtwähler oder der Unentschlossenen. Liegt für Deutschland eine Parteineigung vor, dann rekrutieren sich AKP-Unterstützer überwiegend aus den Anhängern anderer Parteien. Das könnte ein Hinweis für eine eher distanzierte Haltung zur deutschen Parteienlandschaft hindeuten bzw. als nur eine geringe Repräsentation ihrer Interessen in der hiesigen Parteienlandschaft.

Eine signifikante Steigerung politischer Partizipation könnte – neben stärkerer Berücksichtigung von Zuwandererinteressen - durch die höhere Präsenz von Kandidaten mit Migrationshintergrund erreicht werden: Hier haben eine Vielzahl von Studien in europäischen Ländern gezeigt, dass Wähler mit Migrationshintergrund Kandidaten, die selber eine Zuwanderungsgeschichte haben, anderen bzw. einheimischen Kandidaten bevorzugen, auch wenn diese einen anderen ethnischen Hintergrund haben. Sie betrachten den Kandidaten mit Migrationshintergrund als glaubwürdiger bzw. „ehrlicherer“ Vertreter ihrer Interessen (vgl. Geese, 2020).<sup>7</sup> Das sollte für politische Parteien Anreiz sein, bei der Auswahl ihrer Spitzenkandidaten sensibler zu sein und mit Blick auf die Stammwähler auch die Politik der Öffnung der Partei für kulturelle Vielfalt vorantreiben.<sup>8</sup>

Für künftige Studien gilt es, zum einen die politische Orientierung Türkeistämmiger in einem anderen Ausland zu eruieren, um die Kontextvariable in Deutschland besser einschätzen zu können, aber auch in Studien die politischen Orientierungen Türkeistämmiger mit anderen Zuwanderergruppen zu vergleichen, um die Spezifika der jeweiligen Gruppen herauszuarbeiten. Was Letzteres betrifft, ist hier auf die verdienstvolle Arbeit von Achim Goerres et al. (2017) hinzuweisen, der das Wahlverhalten Türkeistämmiger mit Spätaussiedlern bzw. Zuwanderern aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion verglichen hat. Er kommt zum Ergebnis, dass zum einen die Wahlbeteiligung dieser beiden Gruppen beträchtlich geringer (58% bei Spätaussiedlern; 64% bei Türkeistämmigen) ist als die Gesamtheit der Wahlberechtigten (76%), zum anderen aber auch, dass die Türkeistämmigen auf einem ideologischen Spektrum eher zum „linken“, die Spätaussiedler jedoch eindeutig eher zum „rechten“ Spektrum zuzuordnen sind. Theoretisch scheint die Orientierung an dem sozialpsychologischen Michigan-Modell auch für die Erforschung von Zuwandererwahlverhalten unproblematisch zu sein: langfristige Faktoren wie etwa die Parteienidentifikation waren weniger erklärungsträchtig als die kurzfristigen Orientierungen an Lösungskompetenzen oder Spitzenkandidaten.

---

<sup>7</sup> Hier wären natürlich auch die Spezifika des Wahlsystems, ob eine Parteien-, oder eine Kandidatenzentrierung vorliegt, einzugehen, die hier aber nicht weiter ausgeführt wird (Vgl. für detailliertere Erläuterungen Geese, 2020).

<sup>8</sup> In einem sozialpsychologischen Experiment konnte gezeigt werden, dass eine (fiktive) Partei, deren Mitglieder als vielfältig (mit Blick auf Geschlecht, Religion und Ethnie) beschrieben wurden- im Gegensatz zu einer „homogenen“ Partei (Dominanz von „weißen“ Männern, Altershomogenität und ethnisch deutsch)-, zwar als etwas weniger kompetent, dafür jedoch als „wärmer“ beurteilt wurde. Theoretischer Hintergrund ist das *stereotype content model*, das Einstellungen und Verhalten gegenüber sozialen Gruppen vorhersagt. Dabei bilden Wärme (mit den Subdimensionen „Freundlichkeit“ und „moralische Integrität“) und Kompetenz zentrale Prädiktoren des Vertrauens. Hier ist dieses Modell auf politische Parteien (Vertrauen in die Partei) angewandt worden; und es zeigte sich, dass der Effekt der „Wärme“ stärker war. Diese Befunde zusammenfassend kommen die Autoren zu dem Schluss, dass es einer Partei eher nützt als schadet, wenn sie die soziale Vielfalt ihrer Mandatsträger nach außen kommuniziert (vgl. Ehrke, Bruckmüller & Steffens, 2016).

## 5. Literatur

Blätte, A. (2015). Die Stimmen der Migranten im Bundestagswahlkampf 2013: Wahlkampf in der Einwanderungsgesellschaft“. In R. Korte (Hg.), Die Bundestagswahl 2013 (S. 211-241). Wiesbaden: Springer VS.

Ehrke, F., Bruckmüller, S., Steffens, M. C. Weniger kompetent, aber dafür wärmer? Zum Einfluss sozialer Vielfalt von Parteien auf politisches Vertrauen. Politische Psychologie, Band 5(1), 28-45.

Geese, L. (2020). Do immigrant-origin candidates attract immigrant-origin voters in party-centred electoral systems? Evidence from Germany. Acta Polit, Band 55, 492–511.

Goerres, A., Spies, D. C., Mayer, S. J. (2017). Deutsche mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2017: Erste Auswertungen der Immigrant German Election Study zu Deutschtürken und Russlanddeutschen“, [https://www.researchgate.net/publication/323534980\\_Deutsche\\_mit\\_Migrationshintergrund\\_bei\\_der\\_Bundestagswahl\\_2017\\_Erste\\_Auswertungen\\_der\\_Immigrant\\_German\\_Election\\_Study\\_zu\\_Deutschturken\\_und\\_Russlanddeutschen](https://www.researchgate.net/publication/323534980_Deutsche_mit_Migrationshintergrund_bei_der_Bundestagswahl_2017_Erste_Auswertungen_der_Immigrant_German_Election_Study_zu_Deutschturken_und_Russlanddeutschen).

Greßer, A. (2014): Ethnische Ungleichheiten im politischen Wissen. Politische Lernprozesse türkischstämmiger Jugendlicher in Deutschland. Wiesbaden: Springer Verlag.

Hunger, U, Candan, M. (2009). Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg. Expertise im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (Universität Münster: Institut für Politikwissenschaft). [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Expertisen/politische-partizipation.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Expertisen/politische-partizipation.pdf?__blob=publicationFile).

Kroh, M., Tucci, I. (2009). Parteibindungen von Migranten: Parteien brauchen erleichterte Einbürgerung nicht zu fürchten. Wochenbericht des DIW Berlin 81 (47), 821 – 827.

Marzana, D., Alfieri, S., Marta, E. (2020). Does Participating in National and Ethnic Associations Promote Migrant Integration? A Study with Young First- and Second-Generation Migrants (103-118). Balvin, N., Christie D. J. Children and Peace. Peace Psychology Book Series. Wiesbaden: Springer VS.

Müssig, S., Worbs, S. (2012). Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Reihe Integrationsreport, Band 10(46), 1-58.

Pries, L. (2014). Weder Assimilation noch Abschaffung des Integrationsbegriffs. Für ein transnationales Assimilations- und Teilhabeverständnis. (17-36). Krüger-Potratz, M., Schroeder, C., Vielfalt als Leitmotiv. Göttingen: V & R unipress.

Rickenberg, L. (2018). Deutschland als 86. Wahlkreis der Türkei? (171-196). Hohberger, W., Karadag, R., Müller, K., Ramm, C. Grenzümbräume, Grenzgänge, Entgrenzungen. Wiesbaden: Springer VS.

Statistisches Bundesamt. [https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/\\_inhalt.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/_inhalt.html).

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) (2016). Viele Götter, ein Staat: Religiöse Vielfalt und Teilhabe im Einwanderungsland. Jahresgutachten 2016 mit Integrationsbarometer. Berlin

SVR (2018). Parteipräferenzen von Zuwanderinnen und Zuwanderern: Abschied von alten Mustern. Kurzinformation des SVR-Forschungsbereichs 2018-2. [https://www.stiftung-mercator.de/media/downloads/3\\_Publikationen/2018/September/SVR\\_Participationspraeferenzen\\_2018.pdf](https://www.stiftung-mercator.de/media/downloads/3_Publikationen/2018/September/SVR_Participationspraeferenzen_2018.pdf).

Sauer, M. (2016). Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation von Migranten (255-279). Brinkmann, H. U., Sauer, M. Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration. Lehrbuch zu zentralen Aspekten der Integration in Deutschland aus sozialwissenschaftlicher Perspektive. Wiesbaden: Springer VS.

Sauer, M. (2018). Identifikation und politische Partizipation türkeistämmiger Zugewandelter in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland. Ergebnisse der erweiterten Mehrthemenbefragung 2017. <https://cdn.website-editor.net/09fe2713f5da44ff99ead273b339f17d/files/uploaded/2017.pdf>.

Uslucan, H.-H. (2017). Türkeistämmige in Deutschland. Heimatlos oder überall zuhause? Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Band 67 (1-12), 31-37.

Wüst, A. (2002). Wie wählen Neubürger? Politische Einstellungen und Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS.

Wüst, A. (2007). Wahlverhalten und politische Repräsentation von Migranten (145-173). Frech, S., Meier-Braun, K.-H. Die offene Gesellschaft. Zuwanderung und Integration. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.

Autor:

Prof. Dr. Haci-Halil Uslucan

Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI)/

Universität Duisburg-Essen; Institut für Turkistik

E-Mail: [haci.uslucan@uni-due.de](mailto:haci.uslucan@uni-due.de)